

Die Agenda 2030 in Belarus

Astrid Sahn (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Berlin und Dortmund)

Zusammenfassung

In Belarus ist seit Mai 2017 in kürzester Zeit ein komplexes System neuer Institutionen zur Erreichung der Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) entstanden. In ihrem aktiven Beitrag zu der beim UNO-Nachhaltigkeitsgipfel 2015 verabschiedeten Agenda 2030 sieht die belarussische Führung nicht zuletzt ein Instrument zur Verbesserung des internationalen Ansehens des Landes. Gleichzeitig entstehen durch die auf nationaler und regionaler Ebene angesiedelte Nachhaltigkeitsarchitektur neue Chancen für eine verbesserte Politikkoherenz, die Erweiterung von Partizipation sowie den Ausbau regionaler Selbstverwaltung. Befördert wird dies durch den wachsenden Handlungsdruck infolge von demographischem Wandel, Digitalisierung und anderen globalen Herausforderungen.

Die Agenda 2030, welche 172 Staaten auf dem UNO-Nachhaltigkeitsgipfel Ende September 2015 in New York verabschiedeten, wurde für die Republik Belarus durch Präsident Aljaksandr Lukaschenka und damit auf höchster Ebene unterzeichnet. Bereits im Juli 2017 legte Belarus einen ersten Bericht über seinen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 und den darin definierten 17 Globalen Nachhaltigkeitszielen beim Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung der UNO vor. Präsentiert wurde dieser Bericht von der stellvertretenden Vorsitzenden des Rats der Republik Maryjana Schtschotkina, die im Mai 2017 per Präsidialerlass zur Nationalen Nachhaltigkeitskoordinatorin ernannt worden war. Der Präsidialerlass sah zudem die Einrichtung eines Nationalen Nachhaltigkeitsrats vor.

Erste Ansätze

Die Gestaltung einer institutionalisierten Nachhaltigkeitspolitik ist für Belarus freilich keine neue Erfahrung. So hatte das Land schon die bei der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro verabschiedeten Ziele aktiv unterstützt. Als erstes postsowjetisches Land richtete Belarus 1996 eine Nationale Nachhaltigkeitskommission ein und verabschiedete 1997, d. h. fünf Jahre vor der Bundesrepublik Deutschland, eine Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, der zehn Jahre nach Rio in Johannesburg stattfand, legte Belarus schließlich 2002 einen ersten Fortschrittsbericht vor. Bereits 1998 hatte Belarus ein Gesetz über staatliche Prognose und staatliche Programme für sozial-ökonomische Entwicklung verabschiedet, welches die »Nationale Strategie der nachhaltigen sozial-ökonomischen Entwicklung« (NSNE) zum zentralen langfristigen Planungsinstrument für einen Zeitraum von jeweils 15 Jahren bestimmte. Laut Gesetz sollte die Strategie zudem alle fünf Jahre aktualisiert werden. Dies erfolgte

erstmalig in 2004, als die Regierung die »Nationale Strategie der nachhaltigen sozial-ökonomischen Entwicklung für den Zeitraum bis 2020« (NSNE-2020) billigte.

In der Folgezeit gab die belarussische Führung allerdings die internationale Vorreiterrolle des Landes in Sachen Nachhaltigkeitspolitik preis. Im Februar 2009 löste die Regierung die zuvor bereits passive Nationale Nachhaltigkeitskommission auf, so dass es kein offizielles Instrument zur Koordination der Umsetzung der NSNE-2020 mehr gab. Im gleichen Jahr wurde die Erarbeitung einer Nachfolgestrategie für den Zeitraum bis 2025, die vom zuständigen Forschungsinstitut des Wirtschaftsministeriums bereits im Entwurf vorgelegt worden war, eingestellt. Die NSNE-2020 war damit nur noch ein formales Dokument ohne reale politische Relevanz. Lokale und regionale Nachhaltigkeitsinitiativen mussten demnach fortan ohne politische Unterstützung von oben agieren und die Beteiligung hieran war für Bürgermeister*innen und andere Staatsvertreter*innen in der Regel nicht karrierefördernd, sondern vielmehr mit politischen Risiken verbunden. Erst nach der UNO-Konferenz über nachhaltige Entwicklung, die 20 Jahre nach dem ersten Gipfel 2012 erneut in Rio de Janeiro stattfand, und der Einrichtung einer offenen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der SDGs auf UNO-Ebene veranlasste die Regierung wieder die Erarbeitung einer neuen NSNE für den Zeitraum bis 2030 in Auftrag zu geben.

Die NSNE-2030 wurde im Februar 2015 von der Regierung verabschiedet, d. h. noch vor dem UNO-Nachhaltigkeitsgipfel im September 2015 und damit noch ohne Berücksichtigung der SDGs. Das Dokument sah u. a. die Wiedereinrichtung einer nationalen Nachhaltigkeitskommission vor. Der 2017 schließlich erfolgte Aufbau einer nationalen Nachhaltigkeitsarchitektur geht jedoch weit über die früheren institutionellen Ansätze hinaus (siehe Grafik 1 auf S. 7). So gehören dem neu gebildeten Nationalen Nachhaltigkeitsrat nicht

nur die stellvertretenden Leiter von 31 Ministerien und anderen nationalen Behörden an, sondern auch die stellvertretenden Vorsitzenden der sechs Gebietsexekutivkomitees und der Stadt Minsk. Zudem bildete der Nationale Nachhaltigkeitsrat thematische Untergruppen zur ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension von Nachhaltigkeit, die jeweils von einem zuständigen stellvertretenden Minister geleitet werden, sowie parlamentarische, zivilgesellschaftliche und regionale Beiräte. Damit wurden in Belarus erstmals institutionelle Voraussetzungen für eine horizontale und vertikale Integration von Nachhaltigkeitspolitik geschaffen.

Neue Vorreiterrolle

Nachdem Nachhaltigkeitsfragen von der belarussischen Führung etwa ein Jahrzehnt lang stiefmütterlich behandelt wurden, mutet diese rasante Entwicklung mehr als erstaunlich an. Ein zentrales Motiv für diese Kehrtwende dürfte darin liegen, dass eine aktive Agenda 2030-Politik gute Chancen für die Verbesserung des internationalen Ansehens des Landes bietet. Für diese Annahme spricht u. a., dass das Sekretariat der Nationalen Nachhaltigkeitskoordinatorin in der Abteilung für multilaterale Beziehungen des belarussischen Außenministeriums angesiedelt wurde. Zu den zentralen Aktivitäten der Nationalen Nachhaltigkeitskoordinatorin im ersten Amtsjahr gehörte neben der bereits erwähnten Berichterstattung beim Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung die Durchführung eines Regionalen Forums in Minsk im Februar 2018, an dem SDG-Beauftragte aus über 40 Ländern Europas und Eurasiens sowie Vertreter*innen zahlreicher internationaler Organisationen teilnahmen. Anlässlich des Regionalen Forums reiste erstmals die stellvertretende UNO-Generalsekretärin Amina Mohammed nach Belarus.

Das ebenfalls im Nationalen Nachhaltigkeitsrat vertretene Belarussische Statistikamt (Belstat) beteiligte sich auf UNO-Ebene aktiv an der *Inter-agency and Expert Group on SDG Indicators* (IAEG-SDGs) und veröffentlichte Anfang 2018 eine »*Road Map on developing statistics for SDGs*«. Um möglichst viele der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele und ihrer 169 Unterziele durch Indikatoren zu erfassen, erstellte Belstat eine nationale Liste von 255 SDG-Indikatoren, von denen 75 % bereits direkt oder über Proxy-Indikatoren erfassbar sind. Die größten Lücken finden sich dabei bei SDG 16 »Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen«, wo für 8 von 23 Indikatoren keine Daten verfügbar sind, sowie SDG 4 »Hochwertige Bildung« (keine Daten für 6 von 13 Indikatoren) und SDG 2 »Kein Hunger« (keine Daten für 5 von 13 Indikatoren). Die *Road Map* und die Nationale Indikatorenliste sind auf der Homepage von Bel-

stat auch auf Englisch zugänglich, eine separate Nationale SDG-Plattform befindet sich im Aufbau.

Das hohe Aktivitätsniveau von Belarus spiegelt sich im *SDG Index and Dashboard Report* der Bertelsmann Stiftung und des *Sustainable Development Solutions Network* (SDSN) von 2018 wider, in dem Belarus mit Rang 24 von 156 erfassten Staaten vor manchem EU-Staat gelistet wird. Dieses gute Abschneiden wäre freilich kaum denkbar, wenn die belarussischen SDG-Aktivitäten nur das Ziel der nationalen Imageverbesserung verfolgen würden. Vielmehr ist erkennbar, dass durch die Agenda 2030 Ansätze zur Verbesserung der politischen Kohärenz in unterschiedlichen Handlungsfeldern sowie zum Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten gestärkt werden.

Erweiterter Dialog

Dies zeigt sich u. a. an der Partnerschaftsgruppe des Nationalen Nachhaltigkeitsrats, die offen ist für die Beteiligung aller interessierten Vertreter*innen aus zivilgesellschaftlichen und internationalen Organisationen sowie der Wirtschaft einschließlich Menschenrechtsorganisationen, wie dem Belarussischen Helsinki-Komitee. Die Partnerschaftsgruppe hat eine Beratungsfunktion und verfügt über 4 Koordinator*innen für soziale, ökonomische und ökologische Fragen sowie für Business-Kontakte, welche seit Mitte 2018 als Gäste an den Sitzungen des Nationalen Nachhaltigkeitsrats teilnehmen können. Mitglieder der Partnerschaftsgruppe werden außerdem zu anderen Veranstaltungen der Nationalen Nachhaltigkeitskoordinatorin eingeladen, welche sich ihrerseits an Veranstaltungen von Mitgliedern der Partnerschaftsgruppe beteiligt. Damit bildet sich ein vergleichsweise dichtes Netzwerk an neuen, miteinander verbundenen Dialogplattformen heraus, welches nichtstaatlichen Akteuren zumindest die Möglichkeit bietet, ihre Problemformulierungen und Verbesserungsvorschläge direkt an staatliche Akteure zu adressieren und mit diesen zu diskutieren.

Eine besondere Rolle spielt außerdem der im September 2017 gebildete Gesellschaftliche Rat für die Erarbeitung und Evaluation von Nachhaltigkeitsstrategien, der beim Forschungsinstitut des Wirtschaftsministeriums angesiedelt ist. Als einziges Organ der nationalen Nachhaltigkeitsarchitektur ist dieser Gesellschaftliche Rat sektorenübergreifend aus etwa 30 Vertreter*innen aus staatlichen Behörden, Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft sowie internationalen Organisationen zusammengesetzt. Zu den Ratsmitgliedern gehören u. a. Mitarbeiter*innen des Sekretariats der Nationalen Nachhaltigkeitskoordinatorin und des Statistikamts sowie die Mitglieder der Partnerschaftsgruppe, so dass eine enge Verzahnung mit den anderen Nachhaltig-

keitsinstitutionen möglich ist. Der Gesellschaftliche Rat begleitete bisher insbesondere die Erarbeitung des Analytischen Berichts über die Umsetzung der NSNE-2030 in den Jahren 2016/17, der den ersten belarussischen Fortschrittsbericht seit 2002 darstellt. An der Erstellung des Berichts waren auch zivilgesellschaftliche Expert*innen beteiligt, zudem konnten alle Interessierten den Entwurf des Berichts im August 2018 über die Internetseite des Instituts einsehen und kommentieren.

Infolge ihrer Zugehörigkeit zur Legislative zeigte sich die Nationale Nachhaltigkeitskoordinatorin schließlich auch bestrebt, Abgeordnete aus beiden Parlamentskammern aktiv in die belarussische Nachhaltigkeitspolitik einzubeziehen. Herausragendes Ereignis bildete dabei die Durchführung einer offenen parlamentarischen Anhörung zur Erreichung der SDGs im Dezember 2017, bei welcher unterschiedliche Aspekte der belarussischen Nachhaltigkeitspolitik durch Vertret*innen aus Regierung, Parlament, Regionen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen beleuchtet wurden. Im Ergebnis formulierte der Rat der Republik umfassende Empfehlungen zur Weiterentwicklung der belarussischen Nachhaltigkeitsarchitektur sowie zu den erforderlichen konkreten Beiträgen unterschiedlicher politischer Akteure. Die Umsetzung dieser Empfehlungen wurde ein Jahr später, im Dezember 2018, durch die Parlamentarische Gruppe des Nationalen Nachhaltigkeitsrats analysiert.

Mehr Politikkohärenz

Zu ihren zentralen Erfolgen zählt die Parlamentarische Gruppe die 2018 verabschiedete Neufassung des Gesetzes über administrative Prozeduren, welches ab 1. Februar 2019 eine Überprüfung aller neuen Gesetzesvorhaben auf ihre Kompatibilität mit den SDGs verbindlich vorschreibt und damit zu mehr Politikkohärenz beiträgt. Zudem werden Ansätze eines nachhaltigen öffentlichen Beschaffungssystems diskutiert. So plant das Umweltministerium bis zum 1. Juli 2019, wenn die Neufassung des öffentlichen Beschaffungsgesetzes in Kraft tritt, eine Liste von Waren und Dienstleistungen zu verabschieden, bei deren Anschaffung »grüne« Kriterien einzuhalten sind. Im Oktober 2018 verabschiedete das Parlament schließlich das – bereits seit über zehn Jahren diskutierte – Gesetz über die Erzeugung von und den Umgang mit organischen Produkten. Bis November 2019 sollen nun endlich die Grundlagen für ein nationales Zertifizierungssystem ökologischer Lebensmittel und anderer Ökoprodukte geschaffen werden.

Dem Ziel der Verbesserung von Politikkohärenz dient außerdem der von dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) entwickelte Prozess zum Mainstreaming und zur Beschleunigung der

Fortschritte bei der Entwicklung der Nachhaltigkeitsziele (*Mainstreaming and Accelerating Progress towards SDGs*, kurz: MAPS). Im Rahmen der im November 2017 durchgeführten MAPS-Mission wurden Belarus vier Akzeleratoren zur Erreichung der SDGs empfohlen: Grüne Transformation für nachhaltiges und inklusives Wachstum, Digitalisierung und soziale Innovationen, Orientierung auf zukünftige Generationen sowie Gendergerechtigkeit. Diese Akzeleratoren, welche insbesondere die Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen SDGs betonen, bilden die Grundlage für die *Road Map* zur Erreichung der SDGs in Belarus, welche sich aktuell noch im Diskussionsprozess befindet. Zu den Aufgaben, die die *Road Map* vorsieht, gehört u. a. auch die Lokalisierung der SDGs.

Auch die neue »Nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung bis 2035« (NNHS-2035), die laut Regierungsbeschluss vom Mai 2018 erstmals ohne den Zusatz »sozial-ökonomische« auskommt, soll sich wesentlich an den SDGs und den MAPS-Akzeleratoren orientieren. Die Erarbeitung der Strategie erfolgt in zwei Schritten: bis Dezember 2018 wurde zunächst die Konzeption der NNHS-2035 erarbeitet, die nach einer mehrwöchigen öffentlichen Kommentierungsphase im Februar 2019 in gegebenenfalls überarbeiteter Fassung durch den Ministerrat bestätigt werden soll. Anschließend soll bis Ende 2019 die gesamte Strategie ausgearbeitet werden, welche schließlich Anfang 2020 wiederum vom Ministerrat bestätigt werden soll. Zwecks Erarbeitung der Konzeption initiierte das zuständige Wirtschaftsministerium und sein Forschungsinstitut von Oktober bis Dezember 2018 erstmals eine Serie von Runden Tischen, bei denen sektoren- und branchenübergreifend die zentralen Prioritäten und Schwerpunkte der neuen NNHS diskutiert wurden. Zu den Themen der Runden Tische zählten beispielsweise Forschung und Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft, Regionalpolitik sowie die Weiterentwicklung des Bildungs- und des sozialen Versorgungssystems.

Bei den Runden Tischen wurden verhältnismäßig offen die zentralen Herausforderungen diskutiert, vor denen die belarussische Gesellschaft in den nächsten Jahren steht und die vom Staat alleine ohne eine aktive Beteiligung anderer Akteure nicht zu bewältigen sind. Hierzu zählen vor allem der demographische Wandel angesichts einer alternden Gesellschaft und die damit verbundenen zusätzlichen sozialen Belastungen, die beschleunigte technische Entwicklung und die daraus folgende Digitalisierung der Wirtschaft, die zunehmenden Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt und die wachsende soziale Ungleichheit sowie die Zuspitzung der ökologischen Situation. Um diese komplexen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, sind – so

der Tenor bei allen Rundtischgesprächen – neue, über das etablierte Ressortdenken hinausgehende politische Instrumente gefragt. So zeichnet sich beispielsweise ein Wechsel in der Regionalpolitik weg von dem Ziel einer gleichmäßigen Entwicklung aller Regionen hin zu einer Fokussierung auf urbane Wachstumszonen ab. Bei den Diskussionen blieb allerdings offen, ob dieser Ansatz geeignet ist, die wachsenden Disparitäten zwischen der Hauptstadt Minsk und dem Rest des Landes zu stoppen oder ob es anderer Ansätze bedarf, um regionale Entwicklungspotenziale zu mobilisieren.

Rolle internationaler Geber

Die hohe Dynamik der Agenda 2030-Prozesse in Belarus in den letzten knapp zwei Jahren wäre kaum vorstellbar ohne ihre Begleitung durch internationale Geber, zu denen insbesondere die UNDP und andere in Belarus vertretene UNO-Organisationen sowie das Förderprogramm Belarus (FpB) der deutschen Bundesregierung gehören. Hierzu gehört nicht nur die (Ko-)Finanzierung zentraler Aktivitäten von staatlichen wie nicht-staatlichen Nachhaltigkeitsakteuren, da hierfür bisher in der Regel keine oder unzureichende Haushalts- oder Eigenmittel zur Verfügung stehen, sondern auch die Beratung bei der Prozessgestaltung sowie die Facilitierung des Dialogs unterschiedlicher Akteure durch auf internationale Expertise und Erfahrungsaustausch gestützte Qualifizierungs- und Vernetzungsmaßnahmen. Die UNDP legte in 2017 sogar ein eigenes Projekt zur Unterstützung der nationalen Nachhaltigkeitskoordinatorin und zur Stärkung der Rolle des Parlaments bei der Erreichung der SDGs auf. UNDP und FpB stimmen dabei viele ihrer Aktivitäten miteinander ab bzw. führen sie gemeinsam durch oder beteiligen sich an den Veranstaltungen der jeweils anderen Organisation. Dies gilt beispielsweise für die Erstellung des Fortschrittsberichts zur NSNE-2030, für die Durchführung von Konferenzen und Studienreisen sowie von Fortbildungsseminaren für Journalist*innen und regionale Initiativen.

Von besonderer Bedeutung für das Potential der aktuellen belarussischen Agenda 2030-Politik ist dabei, dass sowohl UNDP als auch das Förderprogramm Belarus bereits seit mehr als zehn Jahren – und damit auch in der Stagnationsphase der offiziellen belarussischen Nachhaltigkeitspolitik – lokale und regionale Nachhaltigkeitsinitiativen begleitet und dadurch zu einer fortgesetzten Kompetenzentwicklung und Motivation relevanter Akteure im Nachhaltigkeitsbereich beigetragen haben. So hat die UNDP, die bereits die Erstellung der NSNE-1997 und der NSNE-2020 unterstützt hatte, parallel auch Lokale Agenda-Initiativen gefördert. Von besonderer Bedeutung für die Aufrechterhaltung des

lokalen Engagements war dabei die Erarbeitung und Veröffentlichung von zehn lokalen und regionalen Nachhaltigkeitsstrategien in 2010, zu denen neben den Strategien kleiner Dorfräte auch die Strategien von Bezirken, wie Wetka, oder großen Städten, wie Nawapolazk, gehörten. Das FpB führte bereits 2008 einen ersten Fortbildungskurs für Lokale Agenda-Berater durch und initiierte seit 2007 in regelmäßigen Abständen landesweite Aktionswochen und Konferenzen. In 2014 war das FpB in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. erstmals auch beratend bei der Erarbeitung der NSNE-2030 tätig. Zudem begleitete das FpB jahrelang den Aufbau eines landesweiten Netzwerks von Agenda-Schulen, das sich inzwischen in der Assoziation »Bildung für nachhaltige Entwicklung« zusammengeschlossen hat. An den vierten durch das FpB koordinierten Wochen der nachhaltigen Entwicklung führten belarussische Nachhaltigkeitsakteure zwischen Ende September und Ende Oktober 2017 insgesamt über 150 Veranstaltungen in allen Landesteilen durch. Hieran hatte die Assoziation »Bildung für nachhaltige Entwicklung« mit einer eigenen Bildungsdekade einen erheblichen Anteil.

Perspektiven

Die Ziele der Agenda 2030 sind heute vielerorts im öffentlichen Raum von Belarus sichtbar. Der verbesserten Sichtbarkeit der belarussischen Agenda 2030-Politik diente u. a. die Entwicklung nationaler Logos für die 17 SDGs, die sich an belarussischen Ornament-Motiven orientieren. Plakate mit diesen Logos finden sich beispielsweise auf Plakaten an vielen Orten im Minsker Straßenbild oder in der Minsker Metro, aber auch auf den Websites zahlreicher Exekutivkomitees etc.

Die Bedeutung der belarussischen Agenda 2030-Politik geht jedoch weit über diese Präsenz im öffentlichen Raum hinaus. Durch den Aufbau einer umfassenden Nachhaltigkeitsarchitektur sind neue Dialogforen entstanden, dank derer eine ressort- und sektorenübergreifende Diskussion der langfristigen Entwicklungsstrategie des Landes möglich wird. Welche konkreten Auswirkungen die Agenda 2030-Politik für Belarus mittelfristig haben wird, hängt nicht zuletzt davon ab, welchen Status die neue, Anfang 2020 zu verabschiedende NNHS-2035 erhalten wird. Die Vorgängerstrategien waren bisher von der Regierung stets nur gebilligt worden und hatten daher lediglich deklarativen Charakter. Hingegen soll die neue NNHS-2035 entsprechend den Verlautbarungen der zuständigen Akteure die zentrale Grundlage für die Erarbeitung der neuen Staatsprogramme für den Zeitraum 2021–2025 bilden. Hierzu sollen sich die neuen Staatsprogramme ebenfalls an den SDGs orientieren – und damit auch verstärkt

die mit Hilfe der Programme zu erzielenden Wirkungen benennen.

Zu den aktuellen Aufgaben gehört außerdem die Lokalisierung der SDGs auf Gebiets- und Bezirksebene. Hierfür wurden alle Gebietsexekutivverwaltungen aufgerufen, bis Ende 2018 Vorschläge für eine regionale Indikatorenliste zu erarbeiten, da bisher nur wenige der nationalen Indikatoren regional desaggregiert werden können. Dies bedeutet für die Gebiete zugleich eine Chance, spezifische regionale Entwicklungsprioritäten zu entwickeln. Denn der regionale Indikatorenset ist nur ein erster Schritt für die geplante Erarbeitung von regionalen Nachhaltigkeitsstrategien, wobei die 2015 mit Unterstützung der EU erarbeiteten, aber seinerzeit nicht offiziell verabschiedeten Gebietsstrategien eine gute Ausgangsbasis liefern. Ihre volle Wirksamkeit werden diese Ansätze jedoch erst dann entfalten können, wenn sie durch neue regionale Selbstverwaltungsinstrumente und eine entsprechende regionale Haushaltsplanung ergänzt werden. Dank der Agenda 2030 werden Ansätze, wie Bürgerhaushalte und Genderbudgetierung, inzwischen auch in Belarus zumindest diskutiert.

Den jüngsten Höhepunkt der belarussischen Agenda 2030-Politik bildete die von den UN-Strukturen in Belarus unterstützte Durchführung des ersten Nationalen Nachhaltigkeitsforums am 24. Januar 2019 in Minsk. Als Großveranstaltung mit über 400 Teilnehmer*innen bot das Forum freilich nur wenig Raum für eingehende Debatten. Zudem fanden sich unter den 20 Redner*innen mit dem Vorsitzenden des Mahiljower Gebietsrats und dem stellvertretenden Vorsitzen-

den des Brester Gebietsexekutivkomitees lediglich zwei nicht aus Minsk oder der Minsker Umgebung stammende Personen – obwohl etwa ein Drittel der Teilnehmer*innen aus den Regionen kamen. Angesichts der hochrangigen politischen Beteiligung auf Ebene der Präsidentschaft, der Regierung und der Nationalversammlung sowie der großen Medienresonanz demonstrierte das Forum daher vor allem die aktuelle Bedeutung der Agenda 2030-Politik als zentrale, längerfristige Planungsgrundlage der belarussischen Führung. Damit gab es ein wichtiges Signal der Ermutigung für alle Nachhaltigkeitsakteure, sich weiter für die Agenda 2030 zu engagieren und die damit verbundenen Chancen zur Erweiterung von Partizipation sowie zur Erzielung von konkreten Verbesserungen in den Handlungsfeldern der SDGs zu nutzen.

Unterstrichen wurde dies bei einem Runden Tisch zur weiteren Arbeit an der NSNE-2035, der bereits einen Tag nach dem Nationalen Forum am 25. Januar 2019 in Minsk stattfand, durch die Ankündigung des Wirtschaftsministeriums, im Laufe des Jahres 2019 methodische Empfehlungen für die Erarbeitung regionaler Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten und dementprechende Pilotprojekte zu unterstützen. Die Agenda 2030 könnte damit nicht nur zu einem Katalysator für die Kooperation von Belarus mit internationalen Organisationen und auf zwischenstaatlicher Ebene werden, sondern auch neue Impulse für die Kooperation belarussischer Kommunen und Regionen mit internationalen Partnern geben.

Über die Autorin:

Dr. Astrid Sahm ist Politikwissenschaftlerin und derzeit als Geschäftsführerin der Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks (IBB) gGmbH in Dortmund tätig. In dieser Eigenschaft koordiniert sie auch das Förderprogramm Belarus der deutschen Bundesregierung, welches IBB im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) umsetzt.

Lesetipps:

- Belstat (Hg.): The Roadmap of the National Statistical Committee of the Republic of Belarus on developing statistics on the Sustainable Development Goals, Minsk 2018, <http://www.belstat.gov.by/en/ofitsialnaya-statistika/sustainable-development-goals/>
- Ministerstwo inostrannych del Respubliki Belarus: Dostizhenie zelej ustojtschiwogo raswitija, <http://mfa.gov.by/multilateral/sdg/>
- Sustainable Development Solutions Network / Bertelsmann Stiftung (Hg.): 2018 SDG Index and Dashboards Report, <http://sdgindex.org/>
- UNDP Belarus: Support to the National Coordinator on Implementation of Sustainable Development Goals and Strengthening the Role of the Parliament in the Implementation of Sustainable Development Goals. Project description, http://www.by.undp.org/content/belarus/en/home/operations/projects/democratic_governance/ParlSDGs.html
- Aktuelle Informationen zur belarussischen Nachhaltigkeitspolitik finden sich in Russisch und Englisch auf der Homepage <http://sdgs.by/> und im Twitter-Account SDGs in Belarus (@SDGs_BY).